AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 02.11.2020 | Jaba Devdariani

Unter Zugzwang

Die Türkei fordert Russland im Karabach-Konflikt offen heraus. Moskaus Glaubwürdigkeit in der Region steht auf dem Spiel.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch und Russisch.

Seit Wochen wird nun in Bergkarabach bereits ein echter Krieg geführt. Angesichts der anhaltenden Pandemie, der Krise im Mittelmeerraum und der internen Sorgen der EU war der Südkaukasus in der Aufmerksamkeit der europäischen Beobachter bisher weit abgeschlagen. Aber jetzt, wo die aserbaidschanische Armee immer weiter vordringt und Moskau darum kämpft, seine Rolle als Hauptvermittler zu finden, wird das Scheitern der internationalen Ordnung immer offensichtlicher.

Seit Präsident Wladimir Putin angekündigt hat, Russland werde sich „von seinen Knien erheben", setzt er seine geopolitische Schlagkraft dazu ein, die traditionelle internationale Ordnung herauszufordern, die von den USA, dem ehemaligen Gegner im Kalten Krieg, und ebenfalls von der Europäischen Union verkörpert wurde. Aber durch das Zerbröseln dieser internationalen Ordnung wurden auch die Hemmnisse abgebaut, die die regionalen Rivalitäten bisher gezügelt haben. Russland sieht sich gezwungen zu erkennen, dass die Türkei die Lage vor Ort im Sinne seines regionalen Verbündeten verändert hat – und so gehen dem Kreml die Handlungsmöglichkeiten aus.

Viele Beobachter haben bemerkt, dass der Kreml im Zuge seiner „Rückkehr zur Weltpolitik" hauptsächlich als Spielverderber tätig ist. Dieser Ansatz erfordert nicht viel Einsatz und ist gleichzeitig ziemlich einträglich. Er gründet auf der Annahme, dass sich die meisten Gegner Russlands – in Syrien, in der Ukraine oder beispielsweise in Venezuela – von den Einschränkungen und Konventionen derselben internationalen Ordnung gebunden fühlen, die Russland zurückdrängen will.

Ihren neu angestrebten Status als „Großmacht" nutzen und benötigen die Russen dazu, Anspruch auf ihre Nachbarschaft zu erheben. Laut den Regeln der „Konzertdiplomatie" des 19. Jahrhunderts, an denen der Kreml seine internationale Vorgehensweise auszurichten scheint, muss

jede Großmacht, die diesen Namen wert ist, in ihrer eigenen Region als Hegemon agieren und die Ansprüche anderer bekämpfen. Die Angst des Kreml vor sogenannten „Farbrevolutionen“ und der „Umzingelung“ Russlands folgt dabei nicht nur dieser kolonialen Logik des 19. Jahrhunderts, sondern auch Kennans berühmtem „langen Telegramm“, in dem die Prinzipien für die Eindämmung der UdSSR („containment policy“) entworfen wurden.

Durch das Zerbröseln der internationalen Ordnung wurden die Hemmnisse abgebaut, die die regionalen Rivalitäten bisher gezügelt haben.

Wenn Moskau über seiner tatsächlichen wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Gewichtsklasse gekämpft hat, steckte meist die Absicht dahinter, dieses regionale Privileg zu sichern. Aber zumindest ein Herausforderer, die Türkei, hat Russland offensichtlich als das erkannt, was es wirklich ist – eine mittelmäßige Regionalmacht. Unter der Führung von Recep Tayyip Erdoğan ist die Türkei genauso erpicht darauf, die Uhr auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückzudrehen, wie Russland. Genau wie damals mögen sich die beiden Länder zwar manchmal miteinander verbünden, aber gleichzeitig versuchen sie ständig, sich in ihren Grenzgebieten gegenseitig zu überbieten.

Moskaus Vorwurf gegenüber dem Westen, er richte sich selbst nicht nach seinen eigenen Standards, wird von Ankara geteilt. Genau wie Putin greift auch Präsident Erdoğan gern auf die imperiale Vergangenheit und traditionelle, religiös gefärbte Werte zurück, um ein Gegengewicht gegen liberale und demokratische Prinzipien zu schaffen. Aber gerade weil sie ähnliche Ideen verfolgen, stehen die beiden Hauptstädte traditionell in Konkurrenz zueinander.

Ankara, das von dem Phantom weltweiter Dominanz weniger besessen ist als Moskau, hat sich seine Ziele näher zu Hause gesetzt und scheint Russland damit auf dem falschen Fuß erwischt zu haben. Und jetzt fordert die Türkei Russland dazu heraus, in einer extrem heiklen Region seine Großmachtbestrebungen in die Tat umzusetzen.

In diesen Tagen heißt es oft, der schwelende Konflikt in Bergkarabach sei einer der ältesten überhaupt. Er ist in der Tat das erste zwischenstaatliche Problem, mit dem es Russland nach der Sowjetzeit zu tun bekommt. Das zerbrechliche Gleichgewicht, das durch den Konflikt entstanden ist, hat die geopolitische Lage gefestigt, in der Armenien zu Russlands bestem regionalen Verbündeten wurde. Außerdem wurde Aserbaidschan

dadurch wirtschaftlich mit der Türkei verbunden. Bis vor kurzem war die Region durch Aserbaidschan und die Türkei (als NATO-Mitglied und westlicher Verbündeter) im europäischen Umfeld verankert – eine wichtige Entwicklung, der sich auch Georgien bereitwillig angeschlossen hatte.

Aber zumindest ein Herausforderer, die Türkei, hat Russland offensichtlich als das erkannt, was es wirklich ist – eine mittelmäßige Regionalmacht.

Zwar hat die Türkei regional die Rolle des führenden US-Verbündeten und NATO-Partners übernommen, aber für ihre Beteiligung an den Konflikten im Südkaukasus war dieser Status ein Hindernis. Dass Ankara die territoriale Integrität sowohl Georgiens als auch Aserbaidschans verbal unterstützt hat, war größtenteils diplomatisch bedingt. Die militärische Zusammenarbeit mit Aserbaidschan war zwar bedeutend, aber eher geschäftsmäßig: Ebenso wie Moskau hat auch Ankara dem Land, das über hohe Öleinnahmen verfügt, Waffen verkauft.

Durch den Konflikt in Syrien und die Flüchtlingskrise hat sich Ankara sowohl von Washington als auch von Brüssel entfernt. Jetzt, wo sie von diesen Bündnissen befreit ist, schlägt die Türkei einen erheblich angriffslustigeren Ton an und gefällt sich in der militärischen Rolle – weit über alles hinaus, was noch vor drei Jahren vorstellbar schien.

Die russische Bergkarabach-Politik beruhte bisher darauf, die Kräfte im Gleichgewicht und den Konflikt auf Eis zu halten. Dass Aserbaidschan bereit ist, den Militäreinsatz durchzuziehen, und dass die Türkei dieses Abenteuer ausdrücklich und bedingungslos unterstützt, lässt Moskau kaum Möglichkeiten: Russland kann und wird Armenien wahrscheinlich vor einem echten aserbaidschanischen Angriff beschützen. Aber es wird zögern, seine eigenen Truppen zu mobilisieren, um sich aserbaidschanischen (und möglicherweise türkischen) Streitkräften am Boden entgegenzustellen. Würde der Kreml dies tun, würde er nicht nur seine profitablen Beziehungen zu Baku zerstören, sondern auch die zentralasiatischen Staaten von sich entfremden.

Dies bringt uns zu einem zweiten, sicherheitspolitischen Rätsel: Trotz seines Kampfes gegen die westlichen Institutionen hat Russland sie bis zuletzt als Vorbild für seine eigenen verwendet. Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) spiegelt viele Grundsätze der NATO wider, und die Struktur der Eurasischen Wirtschaftsunion ähnelt derjenigen der EU. Ironischerweise steht die OVKS jetzt vor dem „Artikel-Fünf-Dilemma“ der Nato: Fordert Armenien vergeblich ihre

Hilfe ein, werden die Bedeutung des Bündnisses und die Glaubwürdigkeit der Führungsmacht Russlands erheblich leiden. Dabei ist es klar, dass sich die zentralasiatischen Staaten nicht am Bergkarabach-Konflikt beteiligen, und Belarus ist momentan zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt, als dass es Kampftruppen in den Kaukasus entsenden würde.

Durch den Konflikt in Syrien und die Flüchtlingskrise hat sich Ankara sowohl von Washington als auch von Brüssel entfernt.

Der Kreml befindet sich daher an einer strategischen oder gar philosophischen Weggabelung: Er kann seinen Status als internationale Macht aufrechterhalten und sich mit den westlichen Akteuren verbünden, um in Bergkarabach Frieden zu schaffen. Dies würde beispielsweise der Vorstellung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron über einen „Sicherheitsdialog" mit Russland entsprechen und Moskau die Chance geben, endlich einmal konstruktiv zu handeln.

Aber auf regionaler Ebene würde eine solche Entscheidung der russischen Doktrin widersprechen, die westlichen Akteure und internationalen Organisationen von seiner eigenen Nachbarschaft fernzuhalten. In der Tat konnte Russland seit dem Georgienkrieg von 2008 den Südkaukasus von jeglicher internationaler Präsenz freihalten, indem es nicht nur das Engagement der UN in Abchasien und das der OSZE in der südossetischen Region verhinderte, sondern auch die Schließung der OSZE-Büros in Baku (2015) und Jerewan (2017) akzeptierte (wenn auch nicht initiierte).

Darüber hinaus würde eine Partnerschaft mit dem Westen wahrscheinlich bedeuten, genau die Grundsätze der multilateralen internationalen Ordnung zu akzeptieren, die das Land in den letzten Jahren so konsequent aufzulösen versucht hat. Und solche Verpflichtungen hätten wahrscheinlich den Preis, dass sich Russland auch in der Ukraine, in Georgien und anderswo an die Regeln halten muss.

All diese Überlegungen scheinen den Kreml, während der Kampf in Bergkarabach weitergeht, erheblich zu lähmen. Moskaus größte Hoffnung besteht darin, dass die aserbaidschanische Offensive bald im Sand verläuft und damit die Tür für Verhandlungen geöffnet wird. Aber das Ausmaß der rhetorischen Salven sowohl aus Baku als auch aus Ankara macht den Rückzug ohne einen großen militärischen Erfolg sehr unwahrscheinlich.

Mit jedem neuen Tag des Kampfes nimmt Moskaus Glaubwürdigkeit als Nachbarschaftschef ab. So öffnet sich die Lücke in der Sicherheitsarchitektur der Region immer weiter und könnte zu einer anhaltenden regionalen Destabilisierung führen, die durch „heiße" Stellvertreterkonflikte und die Umstrukturierung von Bündnissen geprägt ist.

Dies ist eine aktualisierte Version des Originalartikels, der auf Civil.ge *veröffentlicht wurde.*

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff.



Jaba Devdariani

Jaba Devdariani ist Gründer der Nachrichtenplattform Civil.ge. Zuvor arbeitete er für die OSZE.